

Ausschuss Bauwirtschaft und Logistik

Nachrichtlich:

Geschäftsführer der Mitgliedsverbände

BL-2020-035

En/le/wi

9. April 2020

Frühjahrgutachten 2020: Corona-Pandemie lässt BIP um 4,2% einbrechen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihr Frühjahrgutachten mit dem Titel „Wirtschaft unter Schock – Finanzpolitik hält dagegen“ vorgelegt. Ausgehend von den Folgen der Corona-Pandemie wird darin für 2020 ein **Einbruch der Wirtschaftsleistung um 4,2%** prognostiziert, wobei erhebliche weitere Abwärtsrisiken bestehen. Das BIP dürfte bereits im ersten Quartal um 1,9% gesunken sein; für das zweite Quartal wird ein Einbruch von 9,8% erwartet. Dem Gutachten liegt die Annahme zugrunde, dass die Wirtschaft nach einem fünfwöchigen, bis Mitte April dauernden Shutdown schrittweise wieder hochfährt.

- Maßgeblich für den massiven Rückgang ist, dass die Wirtschaftsleistung in zahlreichen Sektoren gleichzeitig heruntergefahren wurde. So wurden weite Teile des Einzelhandels, Dienstleistungen u.a. im Bereich Freizeit und Tourismus sowie Teile der Industrie praktisch stillgelegt. Entsprechend brechen 2020 insbesondere der **private Konsum** (-5,7%), die **Ausrüstungsinvestitionen** (-8,9%) sowie der **Außenhandel** (Exporte: -10,9%, Importe: -9,6%; jeweils real) ein.
- Die Corona-Krise wirkt sich trotz umfangreicher staatlicher Hilfsmaßnahmen wie der erleichterten Inanspruchnahme der Kurzarbeit auf den **Arbeitsmarkt** aus, allerdings im überschaubaren Rahmen: Die Zahl der Arbeitslosen dürfte im Jahresdurchschnitt um 240.000 auf 2,50 Mio. zunehmen, die Quote steigt auf 5,5% (+0,5%-Punkte). Die Zahl der Kurzarbeiter dürfte sich von schätzungsweise 110.000 Personen am Jahresanfang auf etwa 2,4 Millionen im Durchschnitt des zweiten Quartals vervielfachen.
- Die von der Bundesregierung und den Bundesländern eingeführten Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft lassen den **Finanzierungssaldo des Staates** deutlich negativ werden. Nachdem die öffentliche Hand seit 2014 durchgängig Überschüsse erwirtschaftet hat, wird sich für 2020 voraussichtlich ein Haushaltsdefizit von -4,7% des BIP ergeben.
- Der Anstieg der **Verbraucherpreise** wird nach Einschätzung der Forschungsinstitute – bedingt durch den Einbruch des Ölpreises und der (preisdämpfend wirkenden) schwachen Entwicklung der privaten Konsumnachfrage – 2020 mit +0,6% sehr gering ausfallen

- In Bezug auf den Verlauf der **Bauinvestitionen** erwarten die Institute, dass die Baunachfrage 2020 zwar krisenbedingt an Dynamik verliert, aber dennoch relativ stabil bleibt:

„Die Bauinvestitionen kommen vergleichsweise glimpflich durch die Krise. Im ersten Quartal dürfte es sogar noch zu einer moderaten Ausweitung der Bauinvestitionen um 0,8% gekommen sein. Ursächlich waren dafür wohl das sehr milde Wetter zu Jahresbeginn sowie Brückentagseffekte.

Im zweiten Quartal werden Produktionsbehinderungen auch verstärkt die Bauwirtschaft treffen. Der Rückgang erstreckt sich über alle Sparten, vor allem aber dürfte der **gewerbliche Bau** einbrechen. Im Zuge des kräftigen Rückgangs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität und der damit einhergehenden verschlechterten Erlössituation ist zu erwarten, dass Unternehmen im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums Bauprojekte zunächst zurückstellen oder gar nicht in Auftrag geben. Die Bautätigkeit dürfte auch angebotsseitig von Arbeitskräfte- und Materialmangel, vor allem bedingt durch innereuropäische Grenzsicherungen, beschränkt werden (Prognose 2020: -2,8%, 2021: +1,5%).

Zwar gilt dies auch für die **öffentliche Bautätigkeit**, der Rückgang wird dort aber voraussichtlich weniger stark ausgeprägt sein, da sich die Investitionsplanung der öffentlichen Hand nicht wesentlich durch die Corona-Krise verändern dürfte. (Prognose 2020: +1,5%, 2021: +3,4%).

Auch **Investitionen in Wohnbauten** werden angesichts der weiterhin hohen Nachfrage nach Wohnraum, insbesondere in urbanen Zentren, wohl vergleichsweise milde Rückgänge verzeichnen. Allerdings dürfte es aufgrund der schwach besetzten oder zeitweise pausierenden Bauämter zu Verzögerungen bei der Vergabe von Aufträgen und Genehmigungen kommen (Prognose 2020: +1,2%, 2021: +3,3%).

Für den weiteren Prognoseverlauf ist mit einer Erholung der Bauinvestitionen zu rechnen. So sind die strukturellen Treiber der Baukonjunktur nach wie vor intakt; die Nachfrage nach Wohnraum und Büroflächen ist ungebrochen hoch und die Investitionspläne der öffentlichen Hand werden wohl weitestgehend umgesetzt. **Alles in allem rechnen die Institute mit einem Anstieg der Bauinvestitionen um lediglich 0,2% im laufenden Jahr und um 2,8% im kommenden Jahr.** Die tatsächliche konjunkturelle Dynamik ist dabei durch die größere Anzahl an Arbeitstagen im Jahr 2020 überlagert; kalenderbereinigt dürften die Bauinvestitionen in diesem Jahr um 0,6% zurückgehen.“

Der bbs teilt die Einschätzungen der Institute. Angesichts dessen, dass die Baustellen zum großen Teil offengehalten werden, sind die kurzfristigen Auswirkungen der Corona-Krise auf den Bau trotz stellenweise auftretender Personal- und Materialengpässe begrenzt. Gleichwohl dürften sich über die kurzfristige Perspektive hinausgehende Nachfragedämpfungen insbesondere im gewerblichen Bau, aber auch im Wohnungsbau sowie Verzögerungen bei Bauplanungs- und -genehmigungsverfahren ergeben.

- Das Frühjahrsgutachten geht davon aus, dass Deutschland nach Beendigung des Shutdowns schnell wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehren kann; ab dem dritten Quartal 2020 werden – ausgehend von niedrigem Niveau – kräftige Wachstumsraten erwartet. **Das BIP dürfte damit 2021 um +5,8% zulegen.** Die relativ schnelle Überwindung der Krise ist nach Einschätzung der Institute insbesondere auf die umfangreichen staatlichen Hilfsmaßnahmen zurückzuführen, die durch die günstige fiskalische Ausgangssituation ermöglicht werden. Dennoch bleiben gesamtwirtschaftliche Einbußen, die mit individuell sehr unterschiedlichen Lasten verbunden sind.
- Die **wirtschaftspolitischen Maßnahmen** der Bundesregierung (u.a. der auf KfW-Krediten basierende Schutzschild für Unternehmen, der sich an größere Unternehmen richtende Wirtschaftsstabilisierungsfonds, der Solidaritätsfonds zur Vergabe von Zuschüssen an Kleinunternehmen, steuerliche Erleichterungen sowie das Kurzarbeitergeld) werden von den Forschungsinstituten begrüßt. Nachbesserungsbedarf hinsichtlich möglicher direkter Zuschüsse oder staatlicher Eigenkapitalhilfen sehen sie bei den Hilfsprogrammen auf Bundesebene für KMUs (11 bis 249 Beschäftigte). Trotz

der aktuellen Dominanz der Corona-Krise fordern die Institute von der Bundesregierung, die drängenden strukturellen Probleme Deutschlands wie die Stabilisierung der Rentenversicherung und die notwendige Digitalisierung nicht aus dem Blick verlieren.

Mit diesem Schreiben erhalten Sie folgende Anlagen:

- Anlage a:** Tabellen zu den Eckdaten der Prognose sowie zu den realen Veränderungen der Bauinvestitionen
- Anlage b:** „Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland“ für die Jahre 2019 bis 2021

Den vollständigen Wortlaut des Gutachtens finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.ifo.de/node/54372>

Mit freundlichen Grüßen

Bundesverband Baustoffe –
Steine und Erden e.V.



Christian Engelke
Geschäftsführer Wirtschaft



Tanja Lenz
Reporting und Statistik

Anlagen